

# Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis: Bei der Post gebolt  
vierteljährlich 2.40 RM. Durch den Briefträger oder Boten  
2.82 RM.

Christlich-nationales Tageblatt  
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.  
Herausgeber D. Jäger.

Anzeigenpreis:

Die christliche Weltzeitung oder deren Raum 25 Flg., Reklame-  
zeile 1.50 RM. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.  
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 196.

Bielefeld-Bethel, Sonnabend, den 23. August 1919.

Jahrgang 1.

Verzehrungen und Trübsal sind der Prüfstein des  
Menschen, an dem man erfährt, wie weit man gekommen  
ist; wer gut ist, wird dadurch noch besser und seine Tüchtig-  
keit offenbar. Thomas a Kempis.

## Der „Friede“ von Versailles als Kulturdokument.

Hof- und Domprediger Viz. Doebling, Berlin.

Nicht ein Friede ist am 28. Juni 1919 in Versailles ge-  
schlossen worden, sondern ein Urteil wurde daselbst ge-  
sprochen — und von dem Beurteilten anerkannt. Es kann  
daher keinen gefährlicheren Irrtum geben, als der Meinung  
sich zu überlassen, es sei nunmehr Friede und „alle Feind-  
hat nun ein Ende“. Oder gehe ich zu weit, wenn ich sage:  
es gibt sowohl hüben wie drüben keinen denkenden Men-  
schen, der an diesen „Frieden“ im Ernst glaubt? — Denn  
es hat doch wirklich keinen Zweck, sich die Tatsache zu ver-  
schleiern, daß durch den jüngsten „Friedensschluß“ der Krieg  
zum Dauerzustand erklärt worden ist. Mögen auch die  
Mittel andere sein als die in Feldschlacht und Stellungs-  
kampf üblichen, — der Krieg geht weiter. Denn der „Sieger“  
will seinen „Sieg“ ausnützen. Und das um so gründlicher,  
je unerwarteter er dazu in die Lage versetzt worden ist. Die  
angelsächsischen Welagerepolitik ist sich der in Betracht  
kommenden Methoden viel zu sehr bewußt, und die gallische  
Sammungslosigkeit ist viel zu bekannt, als daß die beiden  
Weltbeherrschenden sich im vorliegenden Falle irgend-  
wie verlegen sollten. Nun haben sie sich durch das voll-  
zogene „Friedensinstrument“ noch gar einen Schein des  
Rechts zu schaffen verstanden, — wer also auf dem gesamten  
Erdbreis sollte die Stin haben zu behaupten, die „Sieger“  
täten Unrecht, wenn sie unter der Maste „Frieden“ ge-  
nüglichen Gewissens weiter Krieg führen? —

Mit dieser Sachlage ist ein für die Zukunft höchst be-  
deutsames Kulturproblem geschaffen worden. Allerdings  
darf hier Kultur nicht im herkömmlichen Sinne verstanden  
werden, wenigstens deren Apokalypse trotz des niederschmetter-  
nden Flasks, das sie im Kriege erlitten haben, an Dreißig-  
keit nicht das Geringste eingebüßt zu haben scheinen. Sie  
halten Kultur immer noch für einen Thepistarren, bei dem  
wertgewandte Schauspieler und geschickte gemalte Kulissen  
den Erfolg der Täuschung verbürgen. Und an beifalls-  
streichendem Publikum fehlt es ihnen auch heute, ich betone  
auch heute, nicht: die Kulturkomödie ist doch zu schön, als  
daß man sie ihrer Fiktion zu entkleiden und die furchtbare  
Tragödie, die sich dann als dahinter stehend ergibt, klaren  
Augen anzuschauen sich entschließen könnte! —

Man wird also auch fürderhin von „Kultur“ auf manch  
kostbarem Bogen Papier genug und übergenug lesen müssen.  
Bobei ist allerdings die Hoffnung nicht aufzugeben, daß, was  
dem Kriege nicht gelang, dem „Frieden“ beschließen sein  
wird, die Kultur aus der Sphäre des wesenlosen Scheines  
auf den Boden der Wirklichkeit zu verpflanzen. Dann wird  
deutlich werden, daß die Kultur zuletzt nicht an der Sache,  
sondern an der Person hängt. Und die große Scheidung der  
Geister wird anheben: sie werden aufstehen und unbeirrt  
ihren Weg vorwärtsschreiten, die unter Kultur die Auf-  
wärtsbewegung zu immer edlerem Menschentum verstehen  
und nicht Gott und dem Mammon oder auch diesem allein  
— dies letztere war das ausgeprägte Charakteristikum  
der bisherigen Kultur — dienen wollen.

Wer die Geschichte des englischen und französischen  
Geisteslebens kennt, wird wissen, daß bei beiden das Nüt-  
lichkeits-Moment im Vordergrund steht: unter dem Geistes-  
punkt des Nutzens lebt ihre gesamte Weltanschauung. Was  
der Vorteil gebietet, wird getan. Und wenn er etwas ge-  
bietet, haben alle anderen Gesichtspunkte in den Hinter-  
grund zu treten. Höchstens ist es der Dialektik gestattet, das  
moralische Mäntelchen zu weben, hinter dem sich die nackte  
Brutalität des Profitstandpunktes mit fittsam scheinender  
Geste verbirgt. So wenigstens der Angelsächse. Der Gallier  
ist darin weniger gartföndlich. Gewiß, das schöne Wort, die

höfliche Phrase ist nirgends so sehr zu Hause als in Frank-  
reich. Aber wenn der Franzose ganz er selbst ist, wenn seine  
innersten Instinkte in Bewegung geraten sind, dann ver-  
gibt er die Pose, tritt aus dem bunten, augenblendenden  
Gehäuse, das diese ihm für Durchschnittszeiten künstlich ge-  
zimmert hat, heraus und gibt sich, wie er ist: l'état c'est  
moi — ich, ich und noch einmal und immer nur ich! —

Beide Typen sind in Versailles mit seltener Deutlichkeit  
ins Licht des Tages gerückt. Das „moralische“ Pathos jenes  
sonderbaren Gerichtshofes stammt aus England, der Zynis-  
mus aus Frankreich. Beide ergänzen sich aufs trefflichste zu  
der Endabsicht: unter dem Schein des Rechts niederträchtige  
Gewalt zu üben. Denn die Kunst des Augenblicks muß ge-  
nutzt werden! Die Gelegenheit dazu jetzt verpassen, hieße  
Jahrhunderte verpielen.

Historische Akte von der Bedeutung dessen, der sich  
in Versailles abgepielt hat, sind nicht bloß Daten,  
die den Zweck haben, in künftige Lehrbücher der Geschichte  
aufgenommen zu werden, sondern sie wirken im Leben sich  
aus. Und zwar keineswegs nur politisch, sondern ungleich  
stärker und nachhaltiger kulturell. Das heißt: sie geben den  
Grundton und den Rhythmus für die Lebensbewegungen  
kommender Geschlechter an. Sie liefern das Gestaltungs-  
prinzip für ihre innere Entwicklung. Darum ist der Ver-  
sailleser Frieden für die Zukunft der Menschheit so gefährlich,  
weil er der angelsächsischen und französischen Weltanschauung  
rings über den Erdball hin Tür und Tor öffnet, weil er  
es feierlich versiegelt und verbrieft hat: Gewalt geht vor  
Recht und darf vor Recht gehen. Ja, wenn ich die Gewalt  
habe, wäre es eine geradezu unverantwortliche Dummheit  
zu fragen, ob das, was ich tue oder von andern erheische,  
recht ist oder nicht. — Nun stelle man sich vor: bei jeder  
künftigen Auslegung des Tages von Versailles in einer  
deutschen Schule wird dieser Grundgedanke, wenn man nicht  
eine Fälschung begehen will, herausgearbeitet werden  
müssen. Und auch die kommenden Generationen der Entente  
werden nicht umhin können, ihn je länger desto klarer zu  
erkennen. Und es wird ihnen, wenn dieser „Friede“ wirklich  
durchgeführt wird, um so sicherer in Fleisch und Blut über-  
gehen: das ist also die kulturelle Linie, in deren Richtung  
wir uns zu bewegen haben — Gewalt vor Recht.

Wollte mir aber jemand einwenden, daß diese politische  
Moral, wie sie in Versailles zweifelsfrei zum Ausdruck ge-  
bracht ist, mit der persönlichen nichts zu tun habe —, mag  
jene auch verwerflich sein, so braucht diese darum sich noch  
lange nicht auf derselben Ebene aufzubauen —, so erwidere  
ich: das ist ja eben die elende Theoretikerei, von der ihrer  
viele sich nicht loszusagen vermögen! Als wenn die Politik  
nicht auch von Menschen gemacht würde und zumal in solchen  
Schlußakten nicht den Gesamtwillen der dahinter stehenden  
Nationen zum Ausdruck brächte! Wer in den Ländern der  
Entente zu solch einer endgültigen Maßnahme schweigt,  
identifiziert sich dadurch mit ihr und gibt zu erkennen, daß  
auch sein Innerstes in derselben Richtung verankert ist, wie  
sie in jenem Dokument festgelegt ist. Und was sollte ihn  
dann wohl hindern, seine Kinder in dem gleichen Geiste zu  
erziehen? — Natürlich wird es auch in Frankreich und  
England und sonst in den Ländern unserer Feinde ein Häuf-  
lein Gerechter geben, die ihre Knie vor dem Götzen von  
Versailles nicht beugen, denen es im Grunde ihrer Seele  
nicht bloß zuwider, sondern Gegenstand tiefler Bestürzung  
ist, daß ihr eigenes Volk an Seelenkultur unter den Ein-  
gebornen des düstersten Zentralafrika steht. Aber was  
ändert das an der herrschenden Anschauung und Übung?  
Selbst wenn es nur Trägheit und Unentschlossenheit ist, die  
etwaige weitere Kreise hindert, gegen die widerwärtige Ge-  
walttendenz der ausschlaggebenden Schichten ihres Volkes  
sich aufzulehnen, wäre damit auch nur ein leiser Entschuldi-  
gungsgrund gegeben? Ist nicht vielmehr gerade diese Träg-  
heit und Unentschlossenheit, diese Stumpfheit des Geschehens-  
lassens der gefährlichste Gegner aller Besserung?

(Schluß folgt.)

## Das neue Schulkompromiß.

Von Direktor Grünweller, Rheinh.

„Die Toten reiten schnell“. Das Kompromiß ist tot, es  
lebe das Kompromiß! Am 14. Juli kam das Schul-  
kompromiß zwischen Sozialdemokratie und Zentrum zu-  
stande, das den Eltern das Recht einräumte, selber zu

bestimmen, ob sie ihre Kinder einer religionslosen, simul-  
tanen oder konfessionellen Schule überweisen wollten. Es  
war ein offenes, klares und erfreuliches Bekenntnis zur  
unbedingten Gewissensfreiheit und zum freien  
Erziehungsrecht der Eltern. Dadurch wurde auch  
die christlich-konfessionelle Schule als grund-  
sätzlich völlig gleichberechtigt neben den anderen Schularten  
anerkannt. Wie vorauszu sehen war, haben Sozialdemo-  
kraten und besonders die Demokraten gegen das schul-  
politische Uebereinkommen Sturm gelaufen. Das Ergebnis  
ist das neue Schulkompromiß vom 30. Juli zwischen  
Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum. Danach  
behält der Absatz 1 des Artikels 143 der Verfassung, ein  
Bekenntnis zur Einheitschule seine bisherige Fassung.  
Dagegen lautet der Absatz 2 nach der neuen Fassung:

„Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von  
Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses  
oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch  
ein geordneter Schulbetrieb auch im Sinne des Absatzes 1  
nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungs-  
berechtigten ist möglichst zu berücksichtigen. Das Nähere  
bestimmt die Landesgesetzgebung nach den Grundsätzen  
eines Reichsgesetzes.“ Ferner wird in die Uebergangs-  
bestimmungen der Verfassung folgender Zusatz eingefügt:  
„Bis zum Erlaß des in Artikel 143, Absatz 2, vorgesehenen  
Reichsgesetzes bleibt es bei der bestehenden Rechtslage.  
Das Reichsgesetz hat Gebiete des Reiches, in denen eine  
nach Bekenntnissen nicht getrennte Schule gesetzlich besteht,  
besonders zu berücksichtigen.“

Danach soll also die Simultanschule in Zukunft  
die Regel bilden. Auf Antrag der Erziehungs-  
berechtigten sind aber Schulen ihres Bekennt-  
nisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten.  
Mit anderen Worten: es können konfessionelle  
und religionslose Schulen eingerichtet werden, wenn  
Eltern oder sonstige Erziehungsrechtigte es verlangen  
und wenn dadurch „ein geordneter Schulbetrieb auch im  
Sinne des Absatzes 1 nicht beeinträchtigt wird.“ Was  
unter einem „geordneten Schulbetrieb“ zu verstehen ist,  
bedarf noch sehr der Aufklärung. Die Sachlage ist also die,  
daß der „Kulturblut“ der Linken (Sozialdemokratie und  
Demokratie) das Simultanzprinzip durchgesetzt und daß das  
Zentrum sich gefügt hat. Die christliche Schule ist also  
in Zukunft nur noch geduldet und kann nur noch  
auf besonderen Antrag der Erziehungsberechtigten ein-  
gerichtet werden. Das ist ein gewaltiger Rückgang  
auf dem Schulgebiete in 14 Tagen. Was uns ein  
neuestes oder allerneuestes Schulkompromiß noch  
bringen kann, weiß Gott allein. Wir sind nun einmal auf  
der schiefen Ebene, und da gibt es so leicht kein Halten.  
Immerhin kann die christliche Schule eingerichtet werden,  
wenn die Eltern sich regen. Sie haben es mit ihrem Ge-  
wissensabzumachen, ob sie für ihre Kinder eine christ-  
liche Schule fordern wollen oder nicht. Natürlich kann  
eine solche Schule nur bewilligt werden, wenn eine Mindest-  
zahl von Kindern vorhanden ist, für die sie gefordert wird.  
Voraussetzung sind also lebensfähige Schulklassen ein-  
den, die sich auf katholischer Seite leicht und sicher finden  
werden. Auf evangelischer Seite liegt bekanntlich die  
Sache wesentlich anders. Vielleicht ist es ein großer Segen  
für die evangelische Kirche, daß ihr das Schlummertiffen  
der konfessionellen Zwangsschule entzogen wird. Jetzt muß  
sich zeigen, ob sie die nötige Kraft hat, ihre Glieder zu  
wecken und zu sammeln oder ob sie als Volkskirche im Kirch-  
hofsrieden des Simultanismus völlig erstarren wird.  
Das wäre geistlicher Tod. Ich hoffe zuversichtlich, daß es  
anders kommen wird, daß die „Wächter auf der Zinne“  
ihre Stimme erheben werden und das evangelische Volk sich  
besinnen wird auf seine höchsten und heiligsten Güter, daß  
es alle Kräfte einsetzt zur Erhaltung und Belebung seiner  
evangelischen Volksschule, für die einst  
unsere Väter gelitten und gekämpft haben. Wenn das  
geschieht, dann werden unsere Kinder und Kindeskin-  
der einst das Schulkompromiß vom 30. Juli 1919 segnen, weil  
es wie ein Posaunenruf aus der Ewigkeit die Gewissen  
aufgerüttelt und die evangelische Kirche zu neuem Leben  
erweckt hat.

\*) Aus der Zeitschrift „Der deutsche Aufbau“ von Hof-  
und Domprediger Viz. Doebling. Verlag Fr. Zillesen  
(Heinrich Beenen, Berlin C. 19.)

## Ludendorffs „Kriegserinnerungen“.

Kein Buch ist wohl mit mehr Spannung erwartet wie die Kriegserinnerungen Ludendorffs, welche jetzt im Verlage von E. S. Mittler u. Sohn, Berlin, erschienen sind. Der Verfasser hat das Buch, „den im Glauben an Deutschlands Größe gefallenen Helden“ gewidmet. Wie das Wort sagt, sind die Erinnerungen vornehmlich aus dem Gedächtnis geschrieben, da während der Kriegsergebnisse die Zeit zu Aufzeichnungen fehlte. Wir geben heute nur ein kurzes Kapitel, „Den Abschied Ludendorffs“ und werden auf die wichtigsten Abschnitte des Buches noch weiter zurückkommen.

### Abschied.

„Der Kaiser war im Vergleich zum Tage vor meinem Abschied wie umgewandelt, er äußerte, nur zu mir sprechend, sich namentlich gegen den Armeebefehl vom 24. abends. Es folgten einige der bittersten Minuten meines Lebens. Ich sagte Seiner Majestät in ehrerbietigster Weise, ich hätte den schmerzlichen Eindruck bekommen, daß ich nicht mehr sein Vertrauen besäße und daher alleruntertänigst bäte, mich zu entlassen. Seine Majestät nahm das Gesicht an.

Ich fuhr allein zurück. Seine Majestät sah ich nicht wieder. Ich sagte nach der Rückkehr in das Generalstabsgebäude meinen Herren, darunter auch Oberst v. Haesten, in tiefer Sorge, in 14 Tage hätten wir keinen Kaiser mehr. Auch sie waren sich darüber klar. Am 9. November waren Deutschland und Preußen Republik.

Der Generalfeldmarschall kam noch einen Augenblick zu mir in mein Zimmer. Ich konnte ihm nur das Abschiedsgesuch zeigen, dessen Abwendung er vor drei Stunden verhindert hatte. Darauf trennten wir uns.

Ich legte mein Amt sofort nieder. Das Abschiedsgesuch, das ich am Morgen geschrieben hatte, sandte ich ab; jetzt hätte ich ihm einen anderen Wortlaut geben müssen.

Am Abend des 26. fuhr ich nach Spaa zurück, um meinen Herren, mit denen ich während langer Jahre Freud und Leid geteilt hatte, Lebewohl zu sagen und meine persönlichen Angelegenheiten zu ordnen.

Am 27. mittags war ich Großen Hauptquartier, nachmittags verabschiedete ich mich. Ich war bewegt. Meine Herren und die Armee in diesem schweren Augenblick zu verlassen, griff mich an. Bei der Auffassung, die ich von meiner Stellung als Offizier gegenüber meinem Allerhöchsten Kriegsherrn hatte, konnte ich nicht anders handeln, als ich es tat, so unendlich schwer es mir wurde.

Ich bin in meinem Soldatenleben nur einen Weg gegangen, den geraden Weg der Pflicht. Es hat mich nur ein großer Gedanke bewegt: das war die Liebe zum Vaterlande, zur Armee und zu dem angestammten Herrscherhaus. Ihnen hatte ich gelebt, auch diese letzten vier Jahre. Mein Streben war allein, den Vernichtungswillen des Feindes zu brechen und Deutschlands Zukunft vor neuen feindlichen Angriffen zu sichern.

Am 27. Oktober stand ich in Spaa in voller Manneskraft am Ende einer militärischen Laufbahn, die mir ein ungeheures Schaffensgebiet gebracht hatte, aber auch eine Verantwortung, wie sie nur wenigen Menschen auferlegt ist.

Abends verließ ich Spaa. In Nachen suchte ich mein erstes Kriegsquartier auf. Ich dachte an Lüttich. Ich hatte dort meinen Mann gestanden und mich seitdem nicht geändert. Meine Muskeln strafften sich. Ich kehrte zurück in die Heimat.“

## Die neue Prämienanleihe.

### Ausnutzung der Spielwut im Reichsinteresse.

Die Nationalversammlung hat den Entwurf eines Gesetzes über einen Anleihecredit für das Rechnungsjahr 1919 in Höhe von 9 Milliarden Mark angenommen mit einem Zusatz, der den Reichsfinanzminister ermächtigt, eine Prämienanleihe aus-

zugeben, die mit steuerlichen Vorteilen ausgestattet sein kann.

Zur Begebung einer solchen Prämienanleihe hat sich die Regierung erst nach Anhörung von Sachverständigen und auf deren Rat entschlossen. Diese erste Prämienanleihe ist mit den Kriegsanleihen in keiner Weise vergleichbar; sie unterscheidet sich von diesen einmal durch ihre feste Begrenzung. Ein vollständig neues Merkmal ist weiter die Qualifizierung als Prämienanleihe. Ein solches Papier ist in Deutschland seit Jahrzehnten nicht mehr ausgegeben worden, und die Geschichte des Finanzierungswesens zeigt, daß im allgemeinen nur von solchen Staaten zur Ausgabe einer Prämienanleihe geschritten worden ist, die sich in offenkundiger Notlage befanden. Man kann nun nicht verhehlen, daß gegenwärtig sich das Reich wirtschaftlich und finanziell in einer Notlage befindet, wie sie in keinem einzigen seiner Bundesstaaten jemals vorhanden war.

Wie der Handel mit ausländischen Prämienanleihen durch das Gesetz vom 8. Juli 1871 verboten war, so hatte auch das Reich selbst vor dem Kriege von der Prämienanleihe stets Abstand genommen, und zwar weniger aus technischen als aus moralischen Bedenken. Letztere sah man in einer angeblichen Förderung der Spielwut. Diese Bedenken hat man heute jedoch angesichts der gesteigerten Spielwut in Deutschland fallen gelassen. Durch Ausgabe einer großangelegten Prämienanleihe hofft man vielmehr, die Spielwut wenigstens teilweise in geordnete Bahnen zu leiten und dem Reiche nutzbar zu machen.

In finanzieller Beziehung hat die Prämienanleihe stets sehr günstige Erfahrungen aufzuweisen gehabt. Die Regierung hofft daher, mit dem Ergebnisse der Prämienanleihe die beträchtlichen schwebenden Schulden des Reichs bei der Reichsbank zu einem Teile abdecken zu können. So hat der Reichsfinanzminister in der Nationalversammlung die Hoffnung ausgesprochen, daß es ihm gelingen werde, mit Hilfe der von ihm ausgearbeiteten Vermögenssteuern (der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs und der ersten Einkünfte aus dem Reichsnotopfer) sowie der aufzunehmenden Anleihen die schwebende Schuld um 30 auf 46 Milliarden Mark zu verringern. Damit dieses Ziel erreicht wird, müßte die Prämienanleihe mindestens 15 Milliarden Mark erbringen.

Inzwischen werden im Reichsfinanzministerium eingehende Überlegungen über die genaueren Bedingungen der Anleihe angestellt, die noch keineswegs abgeschlossen sind. Wie der Reichsfinanzminister in dem Hauptausschuß der Nationalversammlung mitteilte, sollen nach den Vorschlägen einer Anzahl von Vordirektoren Anleihestücke zu 1000 Mark mit Abschnitten zu 100 Mark und 2 Prozent Zinsen ausgegeben werden, wobei 100 Mark mit 110 Mark zurückbezahlt werden und die Anleihe in 30 Jahren getilgt werden soll. Die Tilgung der Prämienanleihe bis hinab zu 100 Mark verfolgt offenbar den Zweck, auch das Kleinkapital zur Beteiligung an der Anleihe zu bewegen, und es ist immerhin möglich, daß auf diese Kreise der „Koscharakter“ der Anleihen besonders stark wirken wird.

Dieser Plan stellt zunächst nur einen der verschiedenen Vorschläge dar, die gemacht worden sind. Bevor die Regierung nicht wesentliche Bedingungen über den Tilgungsplan und die Höhe der Prämien mitteilt, läßt sich wenig über den Erfolg dieser Anleiheform sagen.

## Kriegsgefahr im Osten.

### Erste Spannung zwischen Amerika, Japan und England.

Vor dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten in Washington erklärte das Mitglied der amerikanischen Friedensdelegation Miller, die Dinge im fernem Osten hätten eine bedauerliche Gestaltung angenommen, daß die Gefahr eines Krieges zwischen den Vereinten Staaten und Japan

in bedrohliche Nähe gerückt sei. Der Senat könne einem solchen Konflikt vorbeugen, wenn er die Ratifizierung des Friedensvertrages davon abhängig mache, daß das Staatsdepartement von der englischen und französischen Regierung eine klare Antwort verlange, welche Geheimabkommen mit Japan geschlossen worden seien. Es sei anzunehmen, daß in dem Geheimabkommen zwischen England und Frankreich einerseits und Japan andererseits England sich verpflichte, Japan zu unterstützen in dem Versuch, seine Stellung in Schantung zu halten, anstatt Schantung an China zurückzugeben.

### Lausung gegen England.

Der sozialistische Londoner „Daily Herald“ meldet aus Paris, daß der Staatssekretär Lansing sich endgültig gegen die Teilnahme Amerikas am Völkerbund in seiner augenblicklichen Form ausgesprochen habe. Lansing teilte mit, daß Amerika vergeblich versucht habe, zu erreichen, daß die persischen Delegierten in Paris angehört werden. Die von Delegierten der persischen Liberalen in Paris nachgesuchte Unterredung mit Lord Curzon sei jedoch nicht gebilligt worden. Inzwischen habe die britische Gesandtschaft in Teheran mit einer kleinen Gruppe persischer Politiker einen Geheimvertrag abgeschlossen. Diese Gruppe persischer Politiker habe gleich nach Unterzeichnung des Friedensvertrages die Kontrolle im persischen Ministerium erhalten und die rebellische Delegation in Paris sei abgesetzt worden. So sei ein gefährliches und geheimes Spiel gespielt worden. Lansing schloß: Großbritannien hat nicht nur sein Reich ungeheuer vergrößert, sondern auch Indien von allen Seiten mit Ländern, die von Großbritannien kontrolliert werden, ausgenommen Chinesisch-Turkestan, umringt.

### Amerikanische Änderungen am Friedensvertrag.

Zu dem Kampf um den Friedensvertrag mit Amerika berichtet „The New York Times“ aus Washington: Selbst die Anhänger Wilsons geben zu, daß der Friedensvertrag ohne Änderungen nicht würde ratifiziert werden. Wilson bleibt unnachgiebig, da die Abänderung von Änderungen die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit Deutschland nach sich ziehen würde. Diese Abänderung drohe unmittelbar zu einem Sonderfrieden Amerikas und Deutschlands zu führen.

Wie aus Washington gemeldet wird, haben sich die Verhandlungen über den Friedensvertrag in den letzten Tagen so zugespielt, daß Präsident Wilson daran denke, falls der Senat eine Änderung des Vertrages beschließen sollte, sich nicht mehr an den Verhandlungen zu beteiligen, sondern die Senatoren Lodge und Knox nach Berlin zu entsenden, um einen Sonderfrieden mit Deutschland zu schließen. Im Augenblick ist die Lage so, daß die 30 Republikaner, die auf dem Standpunkt stehen, daß der Friedensvertrag unersetzbar ist und deshalb verweigert werden muß, nur noch drei Stimmen brauchen, um den Friedensvertrag von Verfallses niederzustimmen.

## Das gefährdete Oberschlesien.

### Die Anständigen erhalten Zugang aus Polen.

In Oberschlesien hat sich die Lage dadurch erheblich zuspitzt, daß die bisher gegen die Grenzschutztruppen operierenden Banden starken Zuzug von jenseits der polnischen Grenze erhalten haben und noch erhalten: Dieser Zustrom zwingt leider zu der Annahme, daß die polnischen Grenzbehörden bisher keine ausreichenden Maßnahmen getroffen haben, um zu verhindern, daß die kritische Lage in Oberschlesien noch weiter verschärft wird.

### Polnische Note wegen Oberschlesien.

Die polnische Abordnung hat dem Auswärtigen Amt eine Note wegen angeblicher Grenzverletzungen

## Schwester Juliane.

Eine Jugenderinnerung von Willi Gottfried.

### IV.

Wieder nach einer Weile blieb Juliane an einem der letzten Gräber stehen. „Die hast du auch gekannt.“ Ich las den Namen einer Diakonissin, die kurze Zeit in unserer Heimat gearbeitet hatte und dann abgelöst werden mußte, weil sie krank war. Alle hatten sie lieb gehabt. Still und bescheiden war sie ihren Weg gegangen, immer bereit zu helfen. „Und doch“, sagte Juliane, „hat sie in all ihrer Arbeit nur sich selbst gesucht, wie sie während ihrer letzten Krankheit unter Tränen bekannt hat. Das Wort auf ihrem Grabstein hat ihr Trost und Frieden gebracht.“ Tieferschüttelt stand ich an diesem Grabe, das die Inschrift trug: „Das ist je gewißlich wahr und ein teueres Wort, daß Christus Jesus gekommen ist in die Welt, die Sünder selig zu machen.“ „Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie!“ zog's durch meine Seele. Wir wurden die Augen heiß, und als ich aufsaß, standen auch in Julianens Augen Tränen. Wir reichten uns die Hand und gingen langsam zum Kinderhaus zurück.

Juliane geleitete mich in das Gaststübchen, zog die Vorhänge zu und machte Licht. Dann ging sie, nach ihren Kindern zu sehen. Bald kam sie zurück; sie schliefen alle still und friedlich. Ich hatte mich unterdessen zu Bett gelegt; Juliane drehte das Licht aus und setzte sich zu mir auf den Bettrand. So saßen wir lange schweigend, wohl eine halbe Stunde. Der Gang zum Friedhof hatte alles zurückgedrängt, was tagsüber unsere Gedanken beschäftigt hatte. Plötzlich fiel mir Julianens Gespräch ein. „Du wolltest mir etwas erzählen, Juliane.“ „Ja“, sagte sie, und dann schwieg sie. Das Blut stieg ihr in die Wangen, — das konnte ich trotz der immer mehr hereinbrechenden Dunkelheit sehen — ihre Augen blickten ins Weite, die Hände hatte sie im Schoß gefaltet. „Berzähle!“ sagte sie endlich, „es ist nicht Mangel an Vertrauen, daß ich dich so lange warten lasse. Aber ich habe es nie einem Menschen gesagt, und ich weiß nicht, wie ich's dir sagen soll.“ Wieder schwieg sie.

„Die Hauptsache weiß ich, Juliane. Wer ist's?“ „Ernst Wolters.“ „Leise, ganz leise hauchten ihre Lippen den Namen, als sei's ein Unrecht, ihn auszusprechen. Ich war überrascht. Nie war mir der Gedanke gekommen, daß dieser schöne, fein gebildete Mann, der Oberlehrer Wolters, der sein könnte, den Juliane liebte. Wenn ich's recht bedachte, konnte mich's nicht wundern. Er war mit ihr aufgewachsen, sie hatten als Kinder zusammen gespielt, — war die Liebe mit Juliane groß geworden? Er war aus bescheidenen Verhältnissen wie sie, aber freilich: er hatte sich emporgearbeitet, Juliane genügte ihm wohl nicht? Seit zwei Jahren war er am Gymnasium zu D. angestellt, seit anderthalb Jahren verheiratet. Hatten die Leute damals doch recht gehabt mit ihren Vermutungen, sich nur in der Person geirrt? Arme Juliane! Sollte ich weiter fragen? Es war nicht nötig. Leise, wie zu sich selbst, hub sie wieder an: „Wir hatten uns so lieb, von Kindheit an, so sehr lieb. Was das eine wußte, das wußte gleich auch das andere. Wir hatten kein Geheimnis voreinander. Es war unendlich, daß wir je von einander lassen sollten.“

„Ja, warum habt ihr's denn getan?“ warf ich ganz erregt dazwischen. „Ich durfte ihn nicht heiraten, ich durfte nicht.“ „Warum? Wolters's deine Eltern nicht?“

„Ich habe sie nie gefragt, ich wußte allein, daß ich nicht durfte.“

„Ich verstehe dich nicht, Juliane. Wie meinst du das? War er eine Gefahr für deine Seele? Fürchtest du, durch ihn vom rechten Wege abzukommen?“

„O nein, nein! Er war weiter als ich. Aber ich durfte nicht, ich mußte Schwester werden.“

„Du mußt Schwester werden, Juliane, du mußt es?“

Sie sah mich an, ich fühlte ihr Auge auf mir ruhen, während sie langsam sagte: „Es ist dir nie begegnet, Lene, daß du etwas tun wolltest, und eine innere Stimme hinderte dich daran und sagte: Es ist nicht recht?“

„Gewiß, Juliane, immer wenn ich eigne Wege gehen wollte, die gegen Gottes Willen waren.“

„Nun also, da solltest du mich doch verstehen.“ „Du meinst, daß es nicht Gottes Wille war, daß du Ernst Wolters heiratetest? daß es sein Weg für dich war, Schwester zu werden?“

„Ja, Lene.“ „Aber um alles in der Welt, Juliane, wer hat euch beiden denn die Liebe ins Herz gegeben? Ich kann's das nicht begreifen! — Ja, wenn eure Wege innerlich auseinander gingen, wenn er zwischen dich und deinen Gott trat, dann — ich denke mir das furchtbar schwer — aber dann hättest du um Gottes willen die irdische Liebe überwinden müssen, — aber so! Nein, Juliane, das kann Gott nicht fordern, das ist zu schwer! Ohne irgend einen Grund — warum denn?“

Sie seufzte. „Warum? Weil es so besser war für uns beide.“ „Ja, warum denn besser?“ fragte ich wieder. Ich war so aufgeregt, daß ich zitterte. Konnte das von einem Menschenkinde gefordert werden, freiwillig, ohne irgend einen vernünftigen Grund, zu entsagen? Hatte Juliane ihr Glück nicht einer Einbildung geopfert? Sie sprach so ruhig und ohne Bitterkeit, — ich sagte es nicht. Ehrfürchtig betrachtete ich die dunkle Gestalt vor mir. Da trat der Mond hinter Wolken hervor und zeigte mir ihr stilles Gesicht, das sich voll mir zugewandt hatte.

„Sag, Juliane, warum meinst du, daß es so besser war? Denkst du, er hätte dich nicht recht lieb gehabt, weil er eine andere heiraten konnte?“ Sie schüttelte den Kopf.

„Nein, Lene, daß er geheiratet hat, ist gut; ich hab ihn darum. — Gott wollte nicht, daß wir zusammen kämen, und weil er's nicht wollte, darum war's besser so.“

„Woran erkennst du, daß es nicht Gottes Wille war? Hast du dich auch nicht getäuscht?“

„Nein, Lene, ich konnte mich nicht täuschen. Wie gern wollte ich selbst mir vorreden, ich opferte meine Liebe einem Mann; auch Ernst versuchte das mehr als einmal. Aber meine Unruhe ließ sich nicht bannen. Ich hatte keine Ruhe bei Tag und bei Nacht, bis ich endlich gehorchte und Ernst sagte, ich könnte nie sein Weib werden. Da wurde es besser.“

(Schluß folgt.)

Der Senat könne  
enn er die Nati-  
on abhängig ma-  
ent von der eng-  
eine klare Unt-  
kommen mit  
Es sei anzuneh-  
zwischen England  
andererseits Eng-  
unterstützen in  
haltung zu hal-  
zurückzugeben.

„Herald“ meldet  
anfang sich en-  
am Bülker-  
ausgesprochen  
sa vergeblich ver-  
persönlichen Dele-  
die von Delegier-  
aris nachgesuchte  
edoch nicht gebil-  
britische Gefand-  
Gruppe persi-  
gefahrlös. Diese  
leich nach Unter-  
kontrolle im per-  
rebellische Dele-  
ten. So sei ein  
iel gespielt wor-  
nen hat nicht  
ert, sondern auch  
ändern, die von  
ausgenommen Chi-

iedensvertrag.  
edensvertrag mit  
aus Washington;  
zu, daß der grie-  
würde ratifiziert  
big, da die An-  
deraufnahme von  
sich ziehen würde.  
zu einem Son-  
zu führen.  
wird, haben sich  
sungsvertrag in den  
ent Wilson davon  
des Vertra-  
hr an den Ver-  
die Senatoren  
entfernen, um  
tschland zu  
age so, daß die  
handpunkt ließen,  
ist und deshalb  
ei Stimmen brau-  
Verfaßtes nieder-

erschließen.  
aus Polen.  
Age dadurch er-  
gegen die Grenz-  
arken Bezug von  
alten haben und  
gt leider zu der  
bedrohenden bisher  
offen haben, um  
age in Oberschle-

erschließen.  
aus Polen.  
Age dadurch er-  
gegen die Grenz-  
arken Bezug von  
alten haben und  
gt leider zu der  
bedrohenden bisher  
offen haben, um  
age in Oberschle-

erschließen.  
aus Polen.  
Age dadurch er-  
gegen die Grenz-  
arken Bezug von  
alten haben und  
gt leider zu der  
bedrohenden bisher  
offen haben, um  
age in Oberschle-

erschließen.  
aus Polen.  
Age dadurch er-  
gegen die Grenz-  
arken Bezug von  
alten haben und  
gt leider zu der  
bedrohenden bisher  
offen haben, um  
age in Oberschle-

erschließen.  
aus Polen.  
Age dadurch er-  
gegen die Grenz-  
arken Bezug von  
alten haben und  
gt leider zu der  
bedrohenden bisher  
offen haben, um  
age in Oberschle-

erschließen.  
aus Polen.  
Age dadurch er-  
gegen die Grenz-  
arken Bezug von  
alten haben und  
gt leider zu der  
bedrohenden bisher  
offen haben, um  
age in Oberschle-

erschließen.  
aus Polen.  
Age dadurch er-  
gegen die Grenz-  
arken Bezug von  
alten haben und  
gt leider zu der  
bedrohenden bisher  
offen haben, um  
age in Oberschle-

erschließen.  
aus Polen.  
Age dadurch er-  
gegen die Grenz-  
arken Bezug von  
alten haben und  
gt leider zu der  
bedrohenden bisher  
offen haben, um  
age in Oberschle-

gen, die durch den Grenzschutz Ost begangen sein  
sollen, überreicht. Insbesondere bildet den Gegen-  
stand der Beschwerde ein Fliegerangriff auf  
Sosnowitz, durch den mehrere Personen verletzt  
und erheblicher Schaden angerichtet sein soll. Es  
wird auf den Ernst dieser Verletzung der Grenze  
hingewiesen, und aus den Kreisen der polnischen Ab-  
ordnung verlautet, daß sie auch Verhandlungen über  
Oberschlesien nicht weiterführen würde, wenn dieser  
Protest nicht eine befriedigende Erledigung finden  
sollte.

Die Verhandlungen zwischen den deutschen amt-  
lichen Stellen und der polnischen Abordnung über die  
obererschlesische Frage haben Donnerstag bereits  
in den frühen Morgenstunden in Berlin begonnen.  
An den Beratungen nehmen auch Reichsminister des  
Auswärtigen Müller und Reichswehrminister Noske  
teil. Von der Entente sind der Chef der franzö-  
sischen Mission, General Dupont mit seinem Stabe  
und der Chef der italienischen Mission anwesend.  
Wie die Berliner „Morgenpost“ berichtet, forderten  
die Polen von uns nicht mehr und nicht weniger  
als die Zurücknahme der Reichswehrtrup-  
pen, die Abberufung des Staatskommissars Hering,  
die Einsetzung von polnischen Völkern und ähnliche,  
wohlbekannte Dinge aus der Wunschliste der ober-  
erschlesischen Streikleitung. Dieses Zusammenfallen sparta-  
kistischer und national-polnischer Forderungen ist na-  
türlich kein reiner Zufall und deshalb ist auch der  
Streit möglich, ob die letzten Ursachen des polnischen  
Aufstandes spartakistisch oder polnisch-nationalistisch  
sind. Die Entwicklung der Dinge in der Südost-Ecke  
des Reiches muß jedenfalls mit großer Sorge weiter-  
verfolgt werden.

Die Verhandlungen trugen den Charakter einer  
zwanglosen Besprechung. Deutscherseits wurde bereits  
in ihrem ersten Teil auf das entschiedenste der Stand-  
punkt betont, dessen Billigkeit auch General Dupont  
zugeben mußte. Die deutsche Regierung fühlt  
sich allein berechtigt, in Oberschlesien die Ruhe  
und Ordnung wiederherzustellen, und glaubt auch  
genügend Mittel zu besitzen, um den Aufstand schnell  
zu unterdrücken. Es wurden laut „Voss. Ztg.“ fol-  
gende Beschlüsse gefaßt:

- 1) Es werden von deutscher Seite keine Erschie-  
ßungen mehr vorgenommen.
- 2) Am Freitag fährt eine interalliierte Kommis-  
sion nach Oberschlesien.
- 3) Die in Berlin anwesende polnische Abordnung  
fährt für einige Tage nach Warschau, bis die inter-  
alliierte Kommission über die Zustände in Oberschle-  
sien Bericht erstattet hat.

Vor der Abreise der Abordnung findet Freitag  
vormittag noch eine Schlussberatung in Berlin statt.

Vertreter der Friedenskonferenz in Oberschlesien.  
Die Friedenskonferenz hat ein Telegramm von  
den Agenten der Alliierten in Schlesien erhalten,  
in dem mitgeteilt wird, daß infolge politischer Strei-  
tigkeiten Kollisionsgefahr in Oberschlesien zerfällt seien.  
Es sei beschlossen worden, Vertreter dorthin zu en-  
tenden, die über die Lage Bericht erstatten sollen.

## Die Nationalversammlung.

Der Neun-Milliardenkredit bewilligt.

— Weimar, 20. August.

Bei der Beratung des Neun-Milliardenkredits und  
des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag kam es  
zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen der Re-  
chten und Linken. Wieder waren es die Person  
des Reichsfinanzministers Erzberger und die verhäng-  
nisvolle Gestaltung des Friedens, die Veranlassung  
dazu gaben. In der ausgedehnten Debatte spielte  
die Ausgestaltung der Prämienanleihe eine wich-  
tige Rolle. Die Sozialdemokraten bekämpften zunächst  
die Bestimmung, daß im Interesse des Erfolges der  
Anleihe eine teilweise Steuerfreiheit eintreten  
soll, gaben jedoch nach, als der demokratische Abg.  
Hans Karlruhe erklärte, die Demokraten würden  
dem Beispiel der Sozialdemokraten folgen, wenn sie  
die Steuerbegünstigung ablehnten. Unter dem Druck  
dieser Erklärung kam eine Einigung dahin zustande,  
daß die Steuerbegünstigung sich nicht auf die Ein-  
kommensteuer beziehen soll. Scharfe Auseinander-  
setzungen gab es auch zwischen Unabhängigen und  
dem Wirtschaftsminister Robert Schmidt über den Streit  
in Oberschlesien.

Bei der Abstimmung wurden beide Gesetze in  
zweiter und dritter Lesung angenommen, mit einem  
Zusatz, wonach Befreiungen von der Einkommensteuer  
oder Minderungen dieser Steuer unzulässig sein sollen.

Die Lösung der Schulfrage.

In später Abendstunde nahm die Nationalver-  
sammlung den Bericht entgegen über die Wahl eines  
Untersuchungsausschusses von 28 Mitgliedern,  
der die Aufgabe haben soll, durch Erhebung aller  
Beweise festzustellen, welche Vorgänge zum Ausbruch  
des Krieges geführt, seine Verlängerung veran-  
laßt und seinen Verlust herbeigeführt haben, insbe-  
sondere welche Möglichkeiten sich im Verlauf des Krie-  
ges geboten haben, zu Friedensbesprechungen zu ge-  
langen, und ob solche Möglichkeiten ohne die erfor-  
derliche Sorgfalt behandelt worden sind; ob im Ver-  
kehr der politischen Stellen der Reichsleitung unter  
sich, zwischen der Volksvertretung oder deren Ver-  
trauensmännern Treue und Glauben gewahrt worden  
sind, ob in der militärischen und wirtschaftlichen  
Kriegsführung Maßnahmen angeordnet oder gebildet  
worden sind, die Vorschriften des Völkerrechts verletzt  
haben oder über die militärische und wirtschaftliche  
Notwendigkeit hinaus grausam und hart waren. Eine  
weitere Aufgabe des Ausschusses wird es sein, den  
ordentlichen Staatsgerichtshof vorzubereiten, des-  
sen Einsetzung die Verfassung vorsieht. Nach längerer  
Aussprache erfolgte die Annahme der Ausschuss-  
anträge.

Zu noch späterer Stunde begründete Abg. Frau  
Dr. Baum (Dem.) die Interpellation der Frauen  
aller Parteien, in der Forderungen bei der Entlassung  
der Frauen infolge der wirtschaftlichen Demobil-  
machung gerügt werden. Reichsarbeitsminister Schilde  
sagte weitestgehendes Entgegenkommen zu.

## Für die Freigabe unserer Kriegsgefangenen

Die Vorsitzenden sämtlicher Fraktionen der Natio-  
nalversammlung haben folgenden Antrag eingebracht:  
„Die deutsche Nationalversammlung hat wiederholt  
mit allem Nachdruck die Befreiung der deutschen  
Kriegsgefangenen gefordert. Sie erklärt noch ein-  
mal, ihrem Standpunkt und den Empfindungen des deut-  
schen Volkes vor aller Welt Ausdruck zu geben, ange-  
sichts der sinnlos feindlichen Warte, zu der  
durch unabsehbare Verzögerung der Auslieferung die  
Gefangenen und ihre Angehörigen verurteilt sind. Die  
Nationalversammlung steht unter dem erschütternden Ein-  
druck zahlreicher Beweise, daß die Zahl der Opfer dieses  
Krieges noch nach dem Friedensschluß durch Tau-  
sende von Gefangenen vermehrt wird, die von der Will-  
für und Unstetigkeit ihrer Lage zerquält, körperlich und  
geistig zugrunde gehen. Sie steht unter dem Eindruck  
der Verzweiflung der Gefangenen und ihrer Angehör-  
igen, die das Ende ihrer unerträglichen Spannung immer  
wieder hinausgeschoben sehen und sie erhebt mit dem  
Nachdruck und der Eindringlichkeit, die dem Protest gegen  
„medelose Grausamkeiten und einem Appell an die  
Menschlichkeit“ innewohnt, die Forderung, daß mit dem  
Abtransport der Gefangenen unverzüglich begonnen wird.  
Aus dem gleichen Grunde fordert die Nationalversam-  
lung, daß dem Rücktransport der in Deutschland befind-  
lichen russischen Gefangenen seitens der Entente keine  
weiteren Schwierigkeiten bereitet werden.“

Präsident Fehrenbach richtete noch einmal na-  
mens der deutschen Nationalversammlung, namens des  
ganzen deutschen Volkes an die vielgerühmte Hu-  
manität und die vielgerühmte Zivilisation unserer  
Feinde den letzten und dringendsten Appell, endlich  
einmal ein Ende zu machen mit den Grausamkeiten  
des Krieges und in die Taten des Friedens einzut-  
reten und endlich unsere Gefangenen die ersehnte  
Heimat wiedersehen zu lassen.

Das Haus erklärte sich einverstanden mit dieser  
Entschließung, sowie auch mit dem Antrag Lbbe  
(Soz.), den Appell des Präsidenten durch Funkpruch  
in den Ländern England, Nordamerika, Frankreich  
und Italien zu verbreiten.

Nach Erledigung einiger kleiner Angelegenheiten  
vertagte sich der Ausschuss erst in später Nachtstunde  
auf Donnerstag.

## Abschied von Weimar.

— Weimar, 21. August.

Der Gesetzentwurf über die Betriebsräte.

Die Nationalversammlung trat heute bereits in  
früher Morgenstunden zu ihrer letzten größeren Sitzung  
im Weimarer Nationaltheater zusammen. Dieser Ge-  
genstand war ein von Abgeordneten aller Parteien  
eingebrachter Antrag, notwendigen Kriegsinter-  
ventionen Beihilfen zu gewähren. Vizepräsident  
Loebe konnte nach Rücksprache mit dem Reichsfinanz-  
minister mitteilen, daß die Regierung mit ihm einver-  
standen ist. Der Antrag wurde einstimmig ange-  
nommen.

Es folgte die erste Beratung des Gesetzes über  
die Betriebsräte. Reichsarbeitsminister Schilde  
begründete den Entwurf sehr ausführlich. Jedoch  
konnte er nach den monatelangen Auseinandersetzungen  
über den Rätegedanken wenig Neues bringen.  
Das Gesetz behandelt drei Gebiete, Arbeitsverfassung,  
Arbeitsverwaltung und Arbeitsrecht und stellt eine  
grundlegende Umgestaltung des Wirtschaftslebens dar.  
Diesem ersten Gesetz werden andere folgen über Ar-  
beitsverträge und Wirtschaftsrechte, so daß in diesem Jahre  
noch die ganze Räteverfassung festgelegt ist. Die hö-  
heren Beamten und Angestellten sowie die Redakteure  
der Tagespresse und die Angehörigen der darstellenden  
Künste haben besondere Betriebsräte gewünscht.  
Diesem Wunsche könne nicht stattgegeben werden. Nach  
dem Minister kamen die einzelnen Redner der Par-  
teien zu Wort. Abg. Dr. von Delbrück (Dnatl.)  
begreifte, ob gerade der augenblickliche Zustand un-  
seres wirtschaftlichen Lebens geeignet sei, grundstür-  
zende Veränderungen vorzunehmen. U. a. fand der  
Redner es unerträglich, daß die Angestellten in der  
Masse der Arbeiter verschwinden. Die Mitwir-  
kung der Räte bei Entlassungen und Einstellungen  
gehe entschieden zu weit. Auch der Sprecher der deut-  
schen Volkspartei Abg. Winnefeld hatte große Be-  
denken gegen den Entwurf, dem folgenden Redner,  
Abg. Braß (U. Soz.), hingegen ging das Gesetz nicht  
weit genug.

Nachdem noch die Abg. Dietrich (Soz.) und  
Ehrhardt (Ztr.) sich über die Einzelheiten des  
Gesetzes verbreitet hatten, wurde die Aussprache ge-  
schlossen und der Entwurf auf Vorschlag des Präsi-  
denten einem besonderen Ausschuss überwiesen.

Präsident Fehrenbach schloß die Sitzung mit  
einer kurzen Ansprache. Es handelte sich nicht um  
eine normale parlamentarische Tagung. Wir mußten  
ein zusammengebrochenes Haus wieder neu  
aufbauen. Dabei sei es nicht darauf angekommen,  
jeden Stein sorgfältig zu behauen, sondern rasche  
Arbeit zu tun, und das Haus schließlich wieder zu  
überdachen.

Die Vollversammlung wird Dienstag, den 30. Sep-  
tember, in Berlin wieder zusammentreten, voraus-  
gesetzt, daß außerordentliche Verhältnisse nicht die Not-  
wendigkeit einer früheren Tagung bedingen.

## Deutsches Reich.

Der auswärtige Ausschuss. Der neue Aus-  
schuss für auswärtige Angelegenheiten der National-  
versammlung hat sich bereits konstituiert. Vor-  
sitzender ist der frühere Reichsministerpräsident Scheide-  
mann, stellvertretender Vorsitzender der frühere  
Staatssekretär Hauptmann (Demokrat), beide Mitglieder  
der Regierung des Prinzen Max von Baden. Der Aus-  
schuss tritt bereits in den nächsten Tagen in Berlin  
zusammen. Dem Ausschuss gehören an: fünf Sozial-  
demokraten, außer Scheidemann, Braun-Franken, Hil-  
denbrand, Stücken und Weiss, drei Zentrumsabgeord-  
nete Herchel, Pfeiffer und Trimbom (ebenfalls Staats-  
sekretär des Prinzen Max), drei Demokraten, Haupt-  
mann, Schiffer und Freiherr von Nitschke, zwei  
Deutsch-Volksparteiler, Heinze, früherer sächsischer  
Staatsminister.

Der Ausschuss für die Untersuchung der Schul-  
frage hat den Abgeordneten Petersen (Dem.) zum  
Vorsitzenden und den Abg. Spahn (Ztr.) zu seinem  
Stellvertreter erwählt. Der überaus umfassende Stoff  
wird den Ausschuss auf lange Zeit hinaus beschäftigen  
und eine Bewältigung wird nur möglich sein, wenn  
eine Reihe von Unterausschüssen unter Zuhilfenahme  
von Mitarbeitern und Sachverständigen aus den ver-  
schiedensten Gebieten an die Arbeit gehen. Es ist  
an ein selbständiges Büro für den Ausschuss und an  
eine stenographische Aufnahme seiner Verhandlungen  
gedacht. Die Sitzungen werden öffentlich sein, auch  
für das Publikum; eine weitgehende Veröffentlichung  
der Ergebnisse ist von vornherein in Aussicht ge-  
nommen.

Erhöhung der Altersversicherungsrente. Der  
Ausschuss für Volkswirtschaft der Nationalversam-  
lung beschloß auf Grund des Ermächtigungsgesetzes  
über die vereinfachte Form der Gesetzgebung eine  
Erhöhung der Renten aus der Altersversicherung.  
Im § 1 der Verordnung wird bestimmt: Personen,  
die eine reichsgesetzliche Invalidenrente, eine Alters-  
oder Witwenrente beziehen, wird für die Zeit vom  
1. Oktober 1919 bis Ende 1920 eine monatliche, im-  
vorher zahlbare Zulage zu dieser Rente gewährt.  
Die Zulage beträgt monatlich 20 Mark (statt bisher  
8 Mark) für Invaliden und Altersrentner und mo-  
natlich 10 Mark (statt bisher 4 Mark) für die Em-  
pänger einer Witwen- oder Witwenrente. Die Er-  
höhung der Renten aus der Unfallversicherung ist in  
Aussicht genommen.

Die Kultusminister gegen die Schulpolitik. Die  
meisten Kultusminister der deutschen Einzelstaaten ha-  
ben einen Protest an die deutsche Reichsregierung ge-  
sandt, in dem sie ihr Bedauern darüber ausdrück-  
ten, daß man sie bei den letzten Verhandlungen  
über die Schulartikel der Verfassung nicht recht-  
zeitig und ausgiebig genug hatte zu Worte kommen  
lassen. Die Folge davon sei, daß die Entscheidung  
über den Charakter der deutschen Schule einerseits  
der Reichsregierung, andererseits den Erziehungs-  
berechtigten in den Gemeinden überlassen worden sei,  
und daß dadurch der in der Sache liegende kulturell  
und finanziell notwendige Einfluß der Einzelstaaten  
stark eingeschränkt worden sei. Das dürfte umso mehr  
zu beklagen sein, als die vielgestaltige Zusammen-  
setzung des deutschen Volkes es mit sich gebracht habe,  
daß gerade in den einzelnen Gliedstaaten sich ein  
selbständiges und eigenartiges Geistesleben entwickeln  
konnte, das nun entweder der Gefahr zu weit-  
gehender Uniformierung durch das Reich oder  
der Gefahr zu weitgehender Zersplitterung durch  
die Gemeinden ausgesetzt werde. Weiter lehren  
dann die Kultusminister die Verantwortung für die  
Folgen dieses Gesetzes ab.

Die Lieferung von Steinkohlen an Frankreich  
und Holland. Wie das Haager Korrespondenz-Bureau erfährt,  
bestehen die Alliierten darauf, daß Deutschland die  
volle Menge Steinkohlen, zu deren Lieferung  
es sich verpflichtet habe, ausführt. Die Lieferung  
dieser Steinkohlen läßt jedoch auf Transportschwierig-  
keiten, die aber nicht die Lieferung deutscher Koh-  
len an die Niederlande berühren, da diese Kohlen  
mit niederländischem Eisenbahnmateriale befördert wer-  
den. Dadurch ermöglicht sich die Lieferung einer ge-  
ringen Menge Steinkohlen an die Niederlande.

## Ausland.

Ungarn: Keine Anerkennung der Regierung Erzherzog  
József.

Nach Pariser Meldungen hat der Fünferat dem  
Druck der öffentlichen Meinung und den Vorstellungen  
Italiens, Rumaniens, der Südslawen und der Tschechen  
statgegeben und die Anerkennung der neuen Regierung  
in Ungarn verweigert. Die interalliierte Militärmission  
ist angewiesen worden, mit der nur eine Minderheit des  
Volkes darstellenden Regierung lose Fühlungnahme zu un-  
terhalten, im übrigen aber Vorbereitungen zu treffen um  
die Freiheit der Wahlen für die Volksvertretung zu sichern.  
Indem es der Fünferat ablehnt, mit der gegenwärtigen  
Regierung über die Friedensbedingungen zu unterhandeln,  
zeigt er deutlich den Wunsch nach einem raschen Wechsel  
der Regierung, da unter den heutigen Umständen kaum  
noch ein neuer Staatsstreich erfolgen kann. Die inter-  
alliierte Militärmission hat bereits mit der Bildung einer  
aus nationalen Elementen bestehenden Ordnungstruppe be-  
gonnen, die in der Hauptstadt den Garnisondienst versehen  
soll. Für eine geordnete und rasche Entwicklung spricht  
der Umstand der rumänischen Truppen.

Italien: Tittoni verlangt Friedensbeschlüsse.

Nach Meldungen des „Secolo“ aus Paris beantragte  
der italienische Minister des Auswärtigen und Führer  
der italienischen Friedensdelegation Tittoni, daß die  
Friedenskonferenz den Friedensschluß mit Österreich be-  
schleunigen möge. Alle Völker verlangen den endgültigen  
Abschluß der Friedensarbeit. Wenn die Friedenskonferenz  
vor der Geschichte bestehen wolle, so müsse sie vor den  
Ferien mindestens den Frieden mit Österreich unterzeich-  
nen, die Abrüstung geregelt und die Verträge für Bulgari-  
en und die Türkei überreicht haben. Infolge der Ab-  
wesenheit Clemenceaus hat die Konferenz zu dem Vor-  
schlag Tittonis noch keine Stellung genommen.

Rußland: Ein neues Vorgehen gegen Petersburg?

Zwischen den Hauptstädten der antibolschewistischen  
Union wird demnächst in Stockholm eine wichtige Bespre-  
chung stattfinden zur Prüfung der Frage einer entschei-  
denden Offensive gegen Petersburg. General Zubeufsch,  
Kriegsminister der provisorischen Regierung von Nord-  
westrussland und Oberkommandant der russischen Nordwest-  
armee, sowie Solneff, Ministerpräsident der neuen Re-  
gierung, sind bereits in Stockholm eingetroffen, wo sie  
mit dem früheren Heimann der Ukraine, Kuropatkin, eine  
Unterredung hatten. Nikolaus Nikolajewitsch wird eben-  
falls in Stockholm eintreffen.

Bereinigte Staaten: Eine neue Trohngung gegen Mexiko.

Das Staatsdepartement hat an die mexikanische  
Regierung wegen der Gefangennahme von zwei amerikani-  
schen Fliegern durch mexikanische Banditen eine in schar-  
fem Tone gehaltene Note gerichtet, in der die sofortige  
Freilassung gefordert wird. „Newport Times“ erfährt an  
maßgebender Stelle, daß die amerikanische Note die schärfste  
Note ist, die die jetzige amerikanische Regierung jemals  
an eine auswärtige Macht gerichtet hat, und daß auch  
das strengste Maßregeln ergreift, um sich auf die Lage  
vorzubereiten, die aus diesem Konflikt entstehen kann.  
Amerikanische Truppen haben bei der Verfolgung des  
Banditen, die die amerikanischen Flieger gefangen genom-  
men haben, die Grenze überschritten.

# Total- u. Provinzialnachrichten

Bielefeld, 23. August 1919.

— **Lebensmittelverkauf im Landkreis** vom 25. bis 30. August 1919. 1. **Nährmittel!** a) **Wibbelbohnen.** Wibbelbohnen werden ausgegeben an alle Fettverorgungs berechtigten in allen Butterverkaufsstellen. Es erhält jeder gegen Abgabe der Lebensmittelmarke Nr. 3 je Person 1/4 Pfund zu 1 M für 1 Pfund. Die Butterverkaufsstellen wollen die Lebensmittelmarke Nr. 3 in der Woche vom 8. bis 10. September aufkleben, hier, Zimmer Nr. 15, abliefern. b) **Maisgrieß.** Maisgrieß wird außerdem verteilt in den Gemeinden Brackweide, Gadderbaum und Schildesche, ebenfalls je Person 1/4 Pfund zu 44 Pfg. für 1 Pfund. Beim Kauf muß die Lebensmittelmarke Nr. 12 abgegeben werden. c) **Buchweizengrieß.** In den Gemeinden Gellershagen, Bauerschaft Schildesche und Sieseler kommt außerdem Buchweizengrieß zur Verteilung, gleichfalls je Person 1/4 Pfund zu 72 Pfg. für 1 Pfund. Beim Kauf muß ebenfalls die Lebensmittelmarke Nr. 12 abgegeben werden. — 2. **Brotauftrieb!** Sämtliche Fettverorgungs berechtigten erhalten in den Butterverkaufsstellen ab Donnerstag, den 28. d. M., gegen Abgabe der Lebensmittelmarke Nr. 10 je Person 1/2 Pfund Runkelhönig, lose ausgewogen, zu 78 Pfg. für 1 Pfund, in Paketen zu 80 Pfg. für 1 Pfund-Paket. — 3. **Auslandsweizenmehl!** Alle Brotverorgungs berechtigten erhalten in den Butterverkaufsstellen gegen Abgabe der Einfuhrzulassmarke Nr. 27 je Person 400 Gramm Auslandsweizenmehl zu 68 Pfg. Die Marken sind aufgelegt am Dienstag, den 2. September, hier, Zimmer Nr. 15, abzugeben. Diese Menge ist wiederum für 14 Tage bestimmt. — 4. **Auslandschweinefleisch!** Auslandschweinefleisch wird in den Schlachtereien des Stadt- und Landkreises an Hand der Kundenliste an alle Fleischverorgungs berechtigten in sämtlichen Gemeinden am Mittwoch, den 27. d. M., ausgegeben. Es erhält jeder gegen Abgabe der Einfuhrzulassmarke Nr. 25: 125 Gramm zu 1,10 M. Die Marken sind am Montag, den 1. September, aufgelegt, hier, Zimmer 15, abzugeben. — 5. **Sonderzuweisungen!** Alle Kranke, Wö-

nerinnen und milchverorgungsberechtigten Kinder von 1 bis 3 Jahren erhalten gegen Abgabe der vom 18. bis 31. August gültigen Reiskarte je Person 2 Rollen Reis, je 39 Pfg., und 1 Paket Rindergerstenmehl zu 40 Pfg. in den bekannten Krankenverkaufsstellen. Alle Wöchnerinnen erhalten außerdem in den Apotheken des Landkreises und in den Drogenhandlungen C. Blahmann, Brackweide, und W. Dröge, Gellershagen, je Person 200 Gramm Kafao zu 3,20 M gegen Vorzeigen des Versorgungsscheines, welcher nach der Abgabe der Ware von den Verkaufsstellen abzustempeln ist.

— **Berichtigung.** In „Offener Brief an Herrn Minister Gaenisch“ der geistigen Nummer muß in Absatz 2, Zeile 6 der Schluß des Satzes „bei der Schulverwaltung ohne Erfolg“ weggelassen und Zeile 2 von unten muß es statt wissenschaftlicher und kaufmännischer Natur, „naturwissenschaftlicher oder sprachlich-kaufmännischer Natur“ heißen.

## Letzte Nachrichten.

### Die Vereidigung des Reichspräsidenten.

Donnerstag nachmittag fand die feierliche Vereidigung in der Nationalversammlung zu Weimar statt. Der Reichspräsident wurde am Eingang des Hauses vom Präsidenten der Reichsversammlung begrüßt und in das Haus geleitet. Die versammelten Mitglieder des Reichsrates erhoben sich zur Begrüßung, ebenso die gesamte Nationalversammlung, die sehr stark besetzt war, während die Plätze der Sozialdemokraten leer geblieben waren. Der Reichspräsident sprach hierauf mit mächtiger Stimme die vorgeschriebene Eidesformel. Darauf richtete Präsident Freydenberg eine kurze Ansprache an den Reichspräsidenten, der sich eine kurze Erwiderung des letzteren anschloß. Dann wurde vom Reichspräsidenten die Schlussansprache gehalten, die sich an das ganze Haus richtete und den Dank an die Mitglieder der Nationalversammlung für ihre unermüdete Arbeit in den letzten Tagen enthielt.

### Nachtritt des Erzherzogs Joseph.

Wiener Blätter melden aus Budapest, daß sich nach längeren Verhandlungen Erzherzog Joseph bereit erklärt habe, von seinem Posten als Verweiser zurückzutreten, und daß er das Ergebnis der Wahlen als Privatmann abwarten wolle. Das neue Kabinett werde ein Koalitionskabinett sein, in dem Lóvassy das Präsidium und Neujáry, Dr. Bazsony Justiz der Sozialistenführer Garanti Handel, sowie die Sozialisten Peidl und Prager zwei sozialistische Ressorts übernehmen werden. In ganz Ungarn ist das Standrecht erklärt worden.

### Das Schicksal Oberschlesiens entschieden.

Nach einer Meldung des „Berl. Vol.-Anz.“ ist man bei den Verhandlungen über Oberschlesien im Auswärtigen Amt, an denen die Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden mit der polnischen Delegation und den Vertretern der Berliner Entente mission teilnahmen, schließlich dahin übereingekommen, die Entente zu ersuchen, eine Kommission nach Oberschlesien zu entsenden, um die Lage zu prüfen. Dem Gutachten dieser Kommission würden beide Parteien sich fügen. Ferner wurde beschlossen, eine gewisse Abgrenzung innerhalb des Kampfgbietes zu schaffen, über die hinaus die beiderseitigen Kräfte nicht gehen dürfen.

Damit sind vorläufig die Verhandlungen über die obereschlesische Frage abgeschlossen. Die Friedensverhandlungen mit der polnischen Delegation, die durch die obereschlesischen Vorfälle unterbrochen wurden, sollen nächster Tage fortgesetzt werden.

So ist denn, so sagt das Berliner Blatt hinzu das Schicksal Oberschlesiens entschieden. Denn es ist nach den Erfahrungen der vergangenen Monate überhaupt kein Zweifel darüber, wie die Entscheidung der Entente, der man sich mit diesem Beschluß unterworfen hat, ausfallen wird. Wir erhalten auch in Oberschlesien eine Demarkationslinie, mit der die Polen wie in Polen — alles erreichen werden, was das Ziel des von ihnen angezielten Aufstandes war.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraus, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld, Hermannstr. 74, Bielefeld. Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld, Schillerstr. 141. Alles, was die Redaktion betrifft, alle Inserate und Sendungen an die Geschäftsstelle: Wittenberg, Bethel-Bielefeld, Wittenbergstr. 73/74 Hannover.

### Evangel. soziales Frauenseminar

der Diakonissenanstalt zu Kaiserswerth a. Rh. Theoretische und praktische Ausbildung für berufliche und ehrenamtliche Wirken auf dem Gebiete der Armen- und Sozialerziehung. Kursdauer 2 Jahre. Voraussetzung: Vollendetes 20. Lebensjahr. Abschlußzeugnis eines Gymnasiums oder Nachweis gleichwertiger Vorbildung. Beginn des nächsten Kurses 15. September 1919. — Prospekte durch die Leitung.

### Die vierzigjährige Wüstenwanderung des deutschen Volkes.

Über dieses Thema spricht am kommenden Sonntag, den 24. August, im **Gemeinschaftshaus zu Schildesche** nachmittags 4 Uhr Prediger Heinrich Dallmeyer. Jedermann herzlich willkommen. Eintritt frei.

### Uhren u. Goldwaren

Trauringe in reizender Verpackung empfiehlt in größter Auswahl bei streng reeller sachmännlicher Bedienung zu äußerst billigen Preisen mit langjähriger Garantie.

**Wilo. Aremeier, Herford, n. d. Gv. Vereinshaus.** Uhrmacher und Goldschmied. Reparaturen in eig. Werkstatt. Solide Ausführung. Billige Preise.

### Zahnpraxis W. Heidebrede

Bielefeld, Grabenstraße 22. Sprechstunden: Vorm. 9-1, nachm. 2-7 Uhr.

**Zerrissene Strümpfe,** Wolle, Baumwolle, Seide, Flachs werden schnellstens repariert bei **M. Jungblut** Altküster-Kirchstr. 20

**Fr. Werpel, Herford** Vorzügliche Reparaturstelle sämtl. Musikinstrumente. Klavier, Harmonium, Orgel, etc. etc. 2 Hauptwerkstätten.

**Kirchl. Harmonien.** Bielefeld. 10. Sonntag nach Trinitatis, 24. August 1919. Kollekte für den Westdeutschen Verein für Israel.

**Altküster Kirche.** Vorm. 8 Uhr P. Trautermann. Vorm. 10 Uhr Superintendent Rapp. Abends 6 Uhr Gemeindefest. Gottesdienst in der Reformierten Kirche.

**Neunküster Kirche.** Vormittags 8 Uhr P. Koopmann. Vorm. 10 Uhr P. Kuhlo. Vorm. 11 1/2 Uhr Kindergottesdienst.

**Suche zu sofortigem Eintritt eine zuverlässige Jungfer** die mir auch bei der Rettung des Haushaltes hilft. Dauerstellung. Angeb. an Fr. v. Hügel, Göttingen, Baden.

**W. Taubert**  
Bielefeld, Altküster Kirchstr. 4.  
**Stahlwaren-Spezialgeschäft**  
Schloßerei u. Reparaturwerkstatt

**Die Uhr der Zukunft**  
ist die Leuchtuhr, weil sie auch nachts die Zeit bequem erkennen lässt. Jede Uhr kann nachträglich in meiner Werkstatt mit Leuchtausstattung versehen werden.  
**Fritz Böckelmann Ww.**  
Am Markt 5. Bielefeld. Telefon 711.

**Erzberger**  
Der Totengräber des Deutschen Reiches.  
Die Wahrheit über die angeblichen Enthaltungen Erzbergers in Weimar, zugleich eine schonungslose Abrechnung mit diesem Reichsverderber von Max Tanne, Berlin.  
Preis 50 Pfg. Partien billiger.  
**Indas Schuld buch**  
Eine deutsche Abrechnung von Wilhelm Meißner.  
Geb. Nr. 5., geb. Nr. 7.—  
Das Buch bietet ein vorzügliches, völlig einwandfreies Quellenmaterial in vornehmster Form.

**Eudendorff**  
Von Dr. Wilhelm Spickernagel. — Preis 4 M.  
Eine vorzügliche Biographie des Generals. Eine wertvolle Ergänzung zu den demnächst erscheinenden Denkwürdigkeiten.  
— Auf alle Preise 10% Zerrungszuschlag. —  
**Buchhandlung der Anstalt Bethel**  
Bethel bei Bielefeld.

**Gv. Pädagogium**  
Godesberg a. Rh. und Herford a. d. Wes.  
Gymnasium, Realgymnasium und Realschule mit Einjähr-Zwischenschule.  
Internat in 22 Familienhäusern.  
Direktor: Prof. Dr. O. Rapp.  
In Godesberg a. Rh.  
Der Unterricht wird in beiden Schulen, Godesberg im Deutschen, Herford im Englischen, abgelehrt, ohne Zerrung Zerrung.

**Der Eisenacher Bund**  
für kirchliche Evangelisation, Pflege christlicher Gemeinschaft und evangelischen Lebens.  
ruft alle, die mit Ernst Christen sein wollen, zur Mitarbeit auf. Wünsche um weitere Auskunft und Anmeldungen sind zu richten an **Paster D. Jaeger** in Bethel b. Bielefeld.

**Der Christlich-nationaler Verein u. V. Sitz Bielefeld**  
begleitet die Förderung der Volksbildung und Volkswohlfahrt auf christlich-nationalen Grundsätzen. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem Gebiete bereits gemachten Erfahrungen sein, um dieselben weiteren arbeitwilligen Kreisen zugänglich machen zu können.  
Nähere Auskunft erteilt **Karl Hartwig**, Dozent an der Evangelisch-sozialen Schule in Bethel bei Bielefeld.

**Der Deutsche Entenpferd-Orden (D. E. O.)**  
verleiht alle Stände auf dem Boden christlicher Bruderschaft, um unter dem Schutz des Ordens zu stehen. Er bekämpft den schädlichen Einfluß geistiger Getränke und beteiligt sich an allen Bestrebungen zur Hebung unserer Völkchen. Jede gewünschte Auskunft erteilt:  
**Missionar J. Ostermeyer**, Bethel bei Bielefeld.

**Die Evangelisch-soziale Schule**  
in Bethel b. Bielefeld  
bildet Sekretäre für die christlichen Gewerkschaften aus. Sie übernimmt auch Anträge auf Anstellung in der Gewerkschaftsarbeit. Der Bedarf an Sekretären wächst täglich. Anmeldungen geeigneter Persönlichkeiten sind deshalb willkommen. Geeignet sind nur solche, welche wirklich Arbeiter gewesen sind und dann sich ausgebildet haben, sei es als Diakon, Gemeindeführer, Jugendpfleger, Missionar etc. etc.  
Der Leiter der Evangelisch-sozialen Schule **D. Jaeger**.

**Haarausfall, Schuppen usw.**  
beseitigt sicher  
**Ernst Weiß rationelle Haarkur.**  
— Dankschreiben über Heilerfolge zur Einsicht. —  
**Weiss Haarpflege**  
Viktoriastr. 10 Bielefeld Viktoriastr. 10.